

**A N F R A G E** von Renate Büchi (SP, Richterswil) und Jürg Trachsel (SVP, Richterswil)

betreffend ZKB schliesst Filialen

---

Am 30. November 2016 war in den Zeitungen zu lesen, dass die ZKB das Filialnetz verkleinert und gleichzeitig in elektronische Dienstleistungen sowie Beratungsdienstleistungen investiert. Geplant ist die Schliessung von acht Schalterstandorten und sechs Agenturen.

Betroffen sind die Gemeinden Bäretswil, Russikon, Grüningen, Zürich-Affoltern, Niederglatt, Glattbrugg, Elgg und Wülflingen mit der Schliessung von Filialen. Die Agenturverträge mit Partnerstellen werden in Samstagen, Burghalden, Obfelden, Rickenbach, Pfungen und Maur aufgehoben.

Nach der Post ist nun also auch die ZKB auf dem Rückzug aus den Gemeinden. Am Beispiel Samstagen lässt sich aufzeigen, wie es so geht. Nach den Sommerferien schliesst die Post ihre Tore und nun wird auf das nächste Jahr auch die ZKB-Agentur im SOB-Bahnhof aufgehoben. Mit dem Rückzug aus den kleineren Gemeinden und Ortsteilen findet ein Abbau des Service Public statt, der zum Beispiel ältere und weniger mobile Menschen, aber auch Familien mit kleinen Kindern trifft. Noch sind wir nicht alle «digital natives» und deshalb auf gewisse Dienstleistungen angewiesen. Ein Bankautomat ist kein entsprechender Ersatz für eine Filiale oder Agentur. Der nächste Schritt für Samstagen ist dann wohl die Schliessung des Bahnhofsalters und die definitive Aufgabe der Postagentur. Die ZKB ist eine Bank, mit Staatsgarantie. Ist es nicht eine Aufgabe dieser Bank, für alle Einwohnerinnen und Einwohner ein gutes Angebotsnetz zu unterhalten, und zwar für kleine und grosse Kundinnen und Kunden?

Aufgrund dieser Ausgangslage erlauben wir uns dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Bedeutung der Bankfilialen und Agenturen in den Zürcher Gemeinden ein?
2. Wie setzt sich der Regierungsrat für den Erhalt der Filialen und Agenturen der ZKB ein?
3. Ergibt sich für den Regierungsrat keinerlei Verpflichtung von Betrieben mit Staatsgarantie gegenüber der Staatsbevölkerung?
4. Gibt es für die betroffenen Gemeinden Möglichkeiten, frühzeitig in den Prozess involviert zu werden?

Renate Büchi  
Jürg Trachsel